

BUND NATURSCHUTZ UNTERSTÜTZT VOLKS- BEGEHREN ZUR RETTUNG DER ARTENVIELFALT

Am 15. November hat das Bayerische Innenministerium den Antrag des Volksbegehrens genehmigt und den Eintragungszeitraum auf den 31. Januar bis 13. Februar 2019 festgelegt. Der BUND Naturschutz wird mit seinen 230.000 Mitgliedern das Volksbegehren aktiv unterstützen.

Richard Mergner, Landesvorsitzender des BUND Naturschutz kommentiert: *„Wir freuen uns, dass das Bayerische Innenministerium dem Antrag stattgegeben hat und die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift etwas für den Natur- und Artenschutz tun können. Der BUND Naturschutz arbeitet seit Jahrzehnten für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, der auch stark durch die Zerschneidung der Landschaft und den massiven Pestizideinsatz bedroht ist. Für den mitgliederstarken BUND Naturschutz ist es somit ein großes Anliegen, die Initiatoren bei der Durchführung des Volksbegehrens zu unterstützen.“*

Martin Geilhufe, Landesbeauftragter ergänzt: *„Vor genau einem Jahr verlängerte der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt für weitere fünf Jahre die europaweite Zulassung des Totalherbizids Glyphosat. Breiter zivilgesellschaftlicher Widerstand mündete erfolgreich in einem Ausstiegsszenario im Koalitionsvertrag und läutete somit den Einstieg in eine Landwirtschaft ohne Ackergifte ein. Doch bisher ist zu wenig geschehen, um diesen Ausstieg auch umzusetzen, mit Beratung und strengeren gesetzlichen Vorgaben. Für die Rettung der Artenvielfalt benötigt es beides: Mehr Naturschutz und weniger Pestizide. Auch Bayern kann handeln. Im Volksbegehrensantrag geht es um das überfällige Verbot der Anwendung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteilen und Biotopen.“*

Für Rückfragen: Martin Geilhufe, Landesbeauftragter: 0172/7954607

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/818780

Fax 0911/869568

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München

30. November 2018

PM 135/18 LFG

Landwirtschaft

Insektenschutz

Volksbegehren